

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Attraktivität des öffentlichen Dienstes erhöhen (1): Anpassungsperspektive schaffen - Besoldungserhöhung für Berliner Landesbeamte

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf für ein Besoldungsanpassungsgesetz vorzulegen, welches den Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin in den Jahren 2014 und 2015 eine Besoldungserhöhung in Höhe von jeweils 3 % statt der vorgesehenen 2,5 % gewährt. Dabei ist die Erhöhung für die Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen bis einschließlich A12 jeweils zum 1. Januar und denen der übrigen Besoldungsgruppen jeweils zum 1. August vorzunehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. Juni 2014 zu berichten.

Begründung:

Berlin ist im bundesweiten Ländervergleich mit weitem Abstand Schlusslicht in der Besoldung. Ein Zustand, den sich Berlin gerade wegen der direkten Konkurrenz mit Brandenburg und dem Bund nicht länger leisten kann. Zudem war der Lohnverzicht im öffentlichen Dienst als vorübergehender Beitrag der Beschäftigten und ihrer Familien geplant, der Schritt für Schritt zurückgenommen wird – auch für die BeamtInnen.

Berlin braucht perspektivisch einen verlässlichen Anpassungspfad, der den BeamtInnen verbindlich aufweist, wann sie wieder dem Bundesdurchschnitt vergleichbar entlohnt werden. Mit der für die Jahre 2014 und 2015 geplanten Besoldungserhöhung von jeweils 2,5 % rückt

dieses Ziel jedoch in weite Ferne. Um nicht noch weiter abgehängt zu werden ist die Beamtenbesoldung in diesen Jahren um jeweils 3 % zu erhöhen.

In den Folgejahren müssen die Gehälter weiter an das in Deutschland übliche Niveau herangeführt werden. Mit dem derzeit gültigen Besoldungsanpassungsgesetz wurde die Chance vertan, schon in den Jahren 2012/2013 mit der Aufholjagd zu beginnen und das zur Berlinwahl gemachte Versprechen, bis 2017 anzupassen, zu erreichen. Umso weniger ist es hinnehmbar, dass der Senat den BeamtInnen – und gerade denen in den unteren Besoldungsgruppen – auch mit dem aktuellen Haushalt keine Anpassungsperspektive aufzeigt.

Berlin, den 28. Februar 2014

Pop Kapek Lux Schruoffeneger
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen